

Heinz W. Bartels, Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg

Als eMail Anhang: info@bmas.bund.de
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
Frau Ministerin Dr. Ursula von der Leyen
Wilhelmstraße 49

10117 Berlin

Hamburg, 09. März 2012

Was juristisch Recht ist muss nicht richtig sein

.... ist eine Aussage in den letzten Wochen des ehemaligen Schlossherren von Bellevue, die wohl als eine der wenigen seiner Aussagen Sinn macht und allgemein anerkannt werden kann.

Sehr geehrte Frau Ministerin,
Sehr geehrte Frau Dr. von der Leyen,

die Bedeutung dieses Mannes und damit die Wertigkeit seiner Aussagen waren nach der Beurteilung dieses Amtes durch Ihre Chefin und der Mehrzahl Ihrer Parteifreunde von moralischer Wichtigkeit für die Menschen in dieser Republik und auch des Kontinentes, sodass ich voraussetzen möchte, dass dieser Satz in Ihrem Tun und dem Handeln Ihrer Erfüllungsgehilfen in den entsprechenden Ämtern und Behörden Gültigkeit hat.

Ich will Ihnen einen Fall aus meinem persönlichen Umfeld schildern, der mich sehr nachdenklich stimmt. Er gibt mir Anlass zum Nachdenken über die herrschende Wirklichkeit in der politischen Landschaft:

Herr Z. lebt mit seiner Lebensgefährtin und dem gemeinsamen Sohn (11 Jahre) seit etwa 16 Jahren zusammen. Er und auch sie beziehen Leistungen nach ALG II. Im Spätherbst stirbt die Lebensgefährtin. Z. begibt sich in seiner Trauer auf den steinigen Weg zum Regulieren aller notwendig gewordenen Angelegenheiten.

Es wird festgestellt, dass der Mietvertrag ausgefertigt ist auf die Namen der Lebensgefährtin und deren ehemaligen Ehemann. Die Wohnungsgesellschaft ist zur Übertragung auf den Namen von Z. bereit; er ist seit Jahren als ordentlicher Mieter bekannt.

Heinz W. Bartels

Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg – Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham@googlemail.com, www.mundolibre.de

Hier beginnen nun die Probleme mit der ARGE: Die Wohnung ist lt. geltenden Richtlinien etwas zu gross und um wenige Euro zu teuer. Bei einem bestehenden Mietvertrag auf den Namen von Z. wäre das kein Problem; die ARGE wertet die Umschreibung des bestehenden Vertrages als Neuvertrag – und für diesen wird die Kostenübernahme nicht genehmigt. Z. soll sich eine neue Wohnung suchen.

Recherchen haben ergeben, dass es keine Wohnungen gibt, die den Anforderungen der ARGE genügen – bestimmt nicht im gegenwärtigen Umfeld von Z. und seinem Sohn. Man mag sich vorstellen was es bedeutet einen Menschen, der bedingt durch seine aktuellen Lebensumstände eher labil ist, aus seinem Lebensraum mit Bekannten, Freunden und Nachbarn in eine ihm unbekannte Wohngegend zu „verpflanzen“. Ein weiterer sozialer Abstieg ist dabei wohl Programm! Die prekäre Situation für den 9 jährigen Sohn soll nur der Ordnung halber erwähnt werden.

Ich habe ein Gespräch mit der ARGE gesucht. Die offensichtlich junge Sachbearbeiterin und auch ihr Vorgesetzter sehen solche Probleme nicht und wollen sich auch nicht gedanklich damit beschäftigen. Sie verlangen einen bestehenden Mietvertrag mit Z.; die Wohnungsgesellschaft ist dazu bereit – wenn die Kostenübernahme der ARGE bestätigt wird. Parallelen zur Lage von Wilhelm Voigt aus Köpenick sind offensichtlich! Häufig habe ich den Eindruck, dass der Versuch mit einer Dienststelle zu diskutieren gleich kommt dem Versuch eine Glühbirne auszublasen.

Bei Fragen nach einer Lösungsmöglichkeit wird an das zuständige Gericht verwiesen. Der Antragsteller möge Klage einreichen. Ich habe mich der Sache angenommen und erreicht, dass die Wohnungsgesellschaft sich auf einen vertretbaren und kooperativen Kompromiss in der Form der Abwicklung einlässt. Entsprechende Unterlagen wurden daraufhin Anfang Januar an die Behörde eingereicht. Nach einer Bearbeitungszeit von etwa acht Wochen hat Z. inzwischen eine positive Nachricht erhalten. Die Sache wurde in seinem Sinne anerkannt. Grund dafür war auch mit Sicherheit die Tatsache, dass die Behörde inzwischen festgestellt hat, dass die Höhe der zu genehmigenden Mieten nicht mehr der örtlichen Realität entsprochen hat: sie wurden Ende Februar angepasst.

Ein anderer Fall: Ein Hartz IV Bezieher heizt seine Wohnung mit einer eigenen Gasheizung. Fällige Wartungsarbeiten durch ein Fachunternehmen wurden bislang anstandslos von der Behörde übernommen. Nun ist diese Heizung an einem Wochenende bei Aussentemperaturen von etwa 15 Grad unter dem Gefrierpunkt ausgefallen. Eine Reparatur wurde von der Vertragsfirma durchgeführt. Die Bezahlung wurde abgelehnt mit der Begründung, dass nicht mindestens drei Angebote eingeholt wurden. Ausserdem hätte auch ein Kredit für die Reparaturkosten beantragt werden können. Wo liegt der Sinn einer solchen Entscheidung? Hätte der Mensch bei solchen Temperaturen mehrere Tage ausharren sollen? Hätte er das Risiko eingehen müssen, dass die Heizung einfriert und somit weitere Kosten entstehen? Er hat nach menschlichem Ermessen vernünftig und angemessen gehandelt. Offensichtlich fehlen der Behörde die dazu erforderlichen Gaben.

Heinz W. Bartels

Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg – Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham@googlemail.com, www.mundolibre.de

Hier muss ich Ihnen die Frage stellen: ist dieses Handeln menschlich, ist es vielleicht sogar christlich, ein Grundsatz der im Namen Ihrer Partei verankert ist? Sie, Frau Ministerin, tragen für dieses Handeln, den Mangel an menschlicher Nähe und Monetarisierungstendenzen der Sozialpolitik die politische Verantwortung! Ihre oft salbungsvollen Worte mit Absichtserklärungen bringen keinen Nutzen für die Untertanen in diesem Land.

Auch tragen Sie dafür die Verantwortung, dass bedingt durch Kürzung der Haushaltsmittel in einem Hamburger Stadtteil die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche eingeschränkt werden. In diesem Stadtteil beträgt der Anteil der Hartz IV-Empfänger/Innen-Quote bei Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren bei fast 46%. Mit Kürzungen ist das weitere Abrutschen Programm!

Sie mögen nun sagen, dass das Handeln der Mitarbeiter lokaler Behörden nicht in Ihren Verantwortungsbereich fällt. Dem kann ich nicht zustimmen; Sie tragen als Ministerin die Verantwortung für Gesetze, Verordnungen und auch deren Durchführung. Es mag durchaus sein, dass Mitarbeiter in den Kommunen durch ständiges Verändern und Basteleien am SGB – offensichtlich wird hier je nach Opportunität ständig angepasst - überfordert sind.

Gleichzeitig fällt mir auf, dass diese Menschen „an der Front“ ja doch offensichtlich ganz in Ihrem Sinne handeln: wie ich lesen kann merkten Sie Anfang des vergangenen Jahres in einem Interview mit der BILD an, dass sie darauf hinwirken werden, dass die mit Hartz IV verbundenen Sanktionen in allen Jobcentern in Zukunft konsequent angewendet werden.

„Fördern und fordern“ sollte das Leitthema der Hartz IV Gesetze sein. Das hört sich ja auch gut an. Vom „Fördern“ ist allerdings nicht viel übrig geblieben. In der Ausführung bietet sich mir ein anderer Eindruck: Diese Gesellschaft hat nur Zweckmäßigkeit zu bieten und zu fordern; wir dürfen keine Gerechtigkeit oder menschliches Denken erwarten. Jedoch ist eine freie sinnvolle Gesellschaft kein Traum, keine Utopie; sie ist nur anders als die herrschende Wirklichkeit. Es ist aber leichter einem Regime zu dienen als es zu bekämpfen. Dieser Vorgang gibt denen recht, die Verachtung vor dem Staat und der Politik haben.

In Übereinstimmung mit Überlegungen von Protagonisten der Französischen Revolution und aus der Zeit der Aufklärung, Philosophen und Autoren wie Rousseau, Babeuf, Proudhon, Bakunin, Marcuse und anderen stelle ich fest: Die bestehende parlamentarische Demokratie ist eine perfide Form der Herrschaft einer privilegierten Klasse, die versucht ihren Sonderwillen durchzusetzen. Unter diesen Umständen ist selbst eine so genannte freie Stimmabgabe bei der Wahl in unserer Zeit ein Votum für Knechtschaft. Nicht die Bürger – üblicher weise nenne ich diese Untertane - der Republik bestimmen das politische Geschehen – wie es in einer Demokratie sein sollte. Bestimmend ist die Hegemonie des Kapitals, der Lobbyisten und der diese Klasse umgebenden Profiteure und Speichellecker.

Heinz W. Bartels

Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg – Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham@googlemail.com, www.mundolibre.de

Schon Tocqueville weist darauf hin, "*... dass die Scharlatane aller Sorten sich so gut auf die Kunst verstehen, dem Volk zu gefallen, seine wirklichen Freunde bei ihm dagegen meistens durchfallen.*"¹

Es mag ja auch möglich sein, dass ich Ihre Sprache – auch die anderer der Politikaste – nicht verstehen kann. Sie ist aufgeblasener, verwissenschaftlicht, elitär und instrumental geworden. Sie kommt nicht mehr ihrem eigentlichen Sinn der Herstellung von zwischenmenschlichen Verbindungen nach, sie kategorisiert nur noch.

Das Sozialsystem in der BRD ist die Folge einer Bestechung durch Bismarck, der seine Gegner ruhig stellen wollte. Grosse Teile davon wurden allerdings in den vergangenen Jahren durch „Reformen“ und die Hartz IV-Gesetzgebung „in die Tonne getreten“. Die Folgen sollten bekannt sein. Wann etablieren Sie ein System, das auch von Laien verstanden werden kann und menschlichen Anforderungen gerecht wird?

Joachim Gauck will Bürger der DDR nicht einmal „Bewohner der DDR“ nennen und bezeichnet selbst diese Bezeichnung als Euphemismus². Da können sich in Anlehnung daran dann Antragsteller und Leistungsbezieher nur als rhetorische Figuren fühlen wenn sie als „Kunden“ bezeichnet werden! Wann werden sie wirklich als Kunden behandelt und beraten? Die Arbeit der Behörden sollte doch auch vermittelnd nach möglichen Lösungen suchen und nicht zur Geldeinsparungen erst einmal abwimmeln!

Offensichtlich sind Fehler in diesem System nicht mehr zu reparieren; es sollte über eine Änderung des Systems an sich nachgedacht werden! Haben Sie dazu den notwendigen Mut?

Mit freundlichen Grüßen
Heinz W. Bartels

¹ Ich fand dieses Zitat in meinen Notizen und kann keine Quelle anführen

² Joachim Gauck, Freiheit